

20. Wahlperiode



**Deutscher Bundestag**  
Parlamentarischer Beirat für nachhaltige  
Entwicklung

## **Wortprotokoll** der 52. Sitzung

### **Parlamentarischer Beirat für nachhaltige Entwicklung**

Berlin, den 8. November 2023, im Anschluss an die  
51. Sitzung  
Paul-Löbe-Haus  
E.700

Vorsitz: Helmut Kleebank, MdB

## Tagesordnung - Öffentliche Anhörung

### **Tagesordnungspunkt**

**Seite 4**

Fachgespräch zum Thema „**Nachhaltige Finanzen -  
Was ist das**“



**Liste der Sachverständigen**

**Prof. Dr. Friedrich Heinemann <sup>1</sup>**

ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim

**Carl Mühlbach <sup>2</sup>**

FiscalFuture e.V.

**Silke Strelau <sup>3</sup>**

Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH

---

<sup>1</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der FDP zum öffentlichen Fachgespräch eingeladen.

<sup>2</sup> Auf Vorschlag der Fraktion der SPD zum öffentlichen Fachgespräch eingeladen.

<sup>3</sup> Auf Vorschlag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN zum öffentlichen Fachgespräch eingeladen.



### Mitglieder des Beirates

	<b>Ordentliche Mitglieder</b>	<b>Stellvertretende Mitglieder</b>
SPD	Blankenburg, Jakob Echeverria, Axel Hagl-Kehl, Rita Kleebank, Helmut Rudolph, Tina Zorn, Armand	Abdi, Sanae Kersten, Dr. Franziska Mascheck, Franziska Nasr, Rasha Plobner, Jan Wagner, Dr. Carolin
CDU/CSU	Brinkhaus, Ralph Mayer-Lay, Volker Radomski, Kerstin Schreiner, Felix Stefinger, Dr. Wolfgang	Connemann, Gitta Grundmann, Oliver Heilmann, Thomas König, Anne Lenz, Dr. Andreas
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Aeffner, Stephanie Ganserer, Tessa Wagner, Johannes	Außendorf, Maik Beck, Katharina Michaelson, Swantje Henrike
FDP	Al-Halak, Muhanad Gründer, Nils Willkomm, Katharina	Gerschau, Knut Skudelny, Judith Stockmeier, Konrad
AfD	Glaser, Albrecht Kraft, Dr. Rainer	Bleck, Andreas Kaufmann, Dr. Michael
DIE LINKE.	Riexinger, Bernd	



## Einzigiger Tagesordnungspunkt

### Fachgespräch zum Thema „Nachhaltige Finanzen - Was ist das“

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren, ich eröffne die 52. Sitzung des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung (PBnE) mit einem öffentlichen Fachgespräch. In unserem öffentlichen Fachgespräch sprechen wir heute über „Nachhaltige Finanzen“. Zentrale Aufgabe ist es u.a., unser Wirtschaftssystem nachhaltiger zu gestalten. Das Finanzsystem kann durch die Finanzierung nachhaltiger Wirtschaftsprojekte und Geschäftsmodelle einen bedeutenden Beitrag hierzu leisten. Wir sind sehr gespannt, welchen Input wir dazu heute erhalten. Zu diesem Zweck haben wir drei Sachverständige eingeladen, die zu meiner Rechten Platz genommen haben. Ich werde sie jetzt zunächst in alphabetischer Reihenfolge vorstellen. Zu meiner Rechten sitzt Herr Prof. Dr. Heinemann. Er ist Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW). Er lehrt Volkswirtschaftslehre an der Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg. Seine Forschungsinteressen gelten der empirischen Finanzwissenschaft und politischen Ökonomie. Prof. Dr. Heinemann kam in einer Studie vom 26. Mai 2022 zu dem Ergebnis, dass Zukunftsinvestitionen ohne Schulden möglich sind. Wir sind auf Ihre Ausführungen gespannt.

Daneben hat Herr Mühlbach Platz genommen. Er ist Gründer und Direktor von FiscalFuture – einer eingetragenen Wohltätigkeitsorganisation, die sich im Interesse junger Menschen für Wirtschafts- und Finanzpolitik einsetzt. Er hat Volkswirtschaftslehre in Heidelberg und Cambridge studiert. Er ist der Auffassung, dass nachhaltige Finanzen oft zu einseitig über den Schuldenstand oder die Schuldenquote definiert werden.

Frau Stremlau ist Senior Fellow der Mercator Stiftung und Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung sowie stellvertretende Aufsichtsratsvorsitzende bei der AG. Frau Stremlau ist zudem Mitglied in zahlreichen Beiräten und Expertengremien zum Thema „Sustainable Finance“ und „Nachhaltigem

Wirtschaften“. Sie studierte an der Universität Oldenburg Sozialwissenschaften mit Schwerpunkt Umweltpolitik und an der Akademie deutscher Genossenschaften (ADG) erlangte sie den Grad einer Diplom-Bankbetriebswirtin (Management). Sie vertritt u.a. die Auffassung, dass die Finanzwende einen Hebel in Bezug auf die Agrar-, Energie-, Verkehrs- und Konsumwende darstellt. Auch hier sind wir sehr gespannt.

Ich darf Sie alle ganz herzlich im Namen des Beirates begrüßen.

Zunächst noch ein paar organisatorische Hinweise. Die Stellungnahme von Prof. Dr. Heinemann ist als Ausschussdrucksache 20(26)87 an die Beiratsmitglieder verteilt worden und wurde auf der Homepage des Beirates veröffentlicht. Die PowerPoint-Präsentation von Frau Stremlau wird im Nachgang zur Sitzung als Ausschussdrucksache 20(26)90 verteilt und auf der Homepage veröffentlicht. Die Sitzung ist öffentlich und wird live im Parlamentsfernsehen auf Kanal 4 übertragen und im Nachgang zur heutigen Sitzung in die Mediathek des Bundestages eingestellt. Zudem ist die Sitzung auf der Website des Beirats abrufbar. Die Sachverständigen haben sich mit der Übertragung einverstanden erklärt. Von unserem Fachgespräch wird zudem ein Wortprotokoll erstellt. Zu diesem Zweck wird die Sitzung mitgeschnitten. Die Sachverständigen erhalten für das Eingangsstatement jeweils sieben Minuten. In der anschließenden Fragerunde werden die Fragen direkt von den angesprochenen Sachverständigen beantwortet. Ich bitte, die Beiratsmitglieder möglichst ihre Fragen auch entsprechend zu adressieren, damit deutlich wird, an wen die Frage gerichtet ist. Für Fragen und Antworten stehen wie üblich insgesamt fünf Minuten zur Verfügung. Unsere Sachverständigen sind über das Verfahren informiert worden. Wie immer läuft eine Uhr für die Redezeit auf dem Bildschirm im Sitzungssaal mit. Da ich dazu keine Wortmeldungen sehe, verfahren wir so. Ich freue mich, dass wir nun Ihre Statements hören. Wir haben verabredet, dass wir in alphabetischer Reihenfolge vorgehen. Deswegen darf ich Herrn Prof. Dr. Heinemann um sein Statement bitten.

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann**  
(ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische



Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim):  
Herzlichen Dank, Herr Kleebank, liebe  
Abgeordnete. Vielen Dank für die Einladung. Es  
ist mir eine Ehre, hier ein paar Gedanken zum  
Thema „fiskalische Nachhaltigkeit“ vorzutragen.  
Ich will kurz etwas über diesen Begriff sagen und  
dann ein paar wenige Gedanken über das  
Phänomen der „geborgten Nachhaltigkeit“ in  
Europa vorstellen. Im Anschluss werde ich einige  
Worte über das Verhältnis zwischen fiskalischer  
und ökologischer Nachhaltigkeit verlieren und am  
Ende kurz zusammenfassen, wo Deutschland  
hierbei in etwa steht.

„Fiskalische Nachhaltigkeit“ wird als Fähigkeit  
eines Landes definiert, seinen gegenwärtigen und  
zukünftigen Verbindlichkeiten nachzukommen  
ohne außergewöhnliche externe Hilfe in  
Anspruch zu nehmen oder eine  
Schuldenrestrukturierung, also einen  
Schuldenschnitt, durchzuführen. Das heißt,  
„fiskalische Nachhaltigkeit“ in der ersten  
Annäherung bedeutet, dass ein Land in der Lage  
ist, aus den Steuerentnahmen die Schulden zu  
bedienen ohne dass eine technisch unsaubere  
Lösung angewandt wird, wie z. B. eine  
Schuldenkrise zu erzeugen, indem man Schulden  
„weg inflationiert“ oder indem man auf externe  
Hilfen zurückgreift.

Ein zweiter wichtiger Begriff ist der „fiskalischer  
Spielraum“ („fiscal space“). Er bezeichnet den  
Abstand zwischen der maximal möglichen und  
der tatsächlichen Verschuldung. Das ist ein  
wichtiger Begriff, auch für die Frage, wie steht es  
um die Handlungsfähigkeit eines Landes.

Zur fiskalischen Nachhaltigkeit ist zu sagen, dass  
der kritische Schuldenstand nicht exakt  
quantifiziert werden kann. Der hängt von vielen  
Dingen ab. Beispielsweise vom  
Wirtschaftswachstum, den Steuerentnahmen, der  
Zinsentwicklung, aber auch der Risikobereitschaft  
der Kapitalmärkte. Die exakte Höhe des kritischen  
Schuldenstands ist daher unsicher. Man darf aber  
aus dieser Unsicherheit nicht den Schluss ziehen,  
dass es den „kritischen Schuldenstand“ nicht gibt.  
Er kommt früher oder später bzw. wird erreicht.  
Nehmen Sie Italien als Beispiel. Das Land hat eine  
Staatsverschuldung von 140 Prozent bei einer  
Verzinsung von fünf Prozent. Das ist die aktuelle  
Situation. Das ist möglicherweise noch  
beherrschbar. Nehmen wir nochmal das Beispiel

Italien. Bei einer Staatsverschuldung von  
250 Prozent, ergäben sich aufgrund des dann  
höheren Risikos vielleicht sieben Prozent Zinsen.  
Das wäre nicht mehr beherrschbar, weil man dann  
schon fast 20 Prozent des Bruttoinlandproduktes  
(BIP) für Zinsen ausgeben müsste. Irgendwo auf  
dem Weg dahin würde dies nichts mehr  
funktionieren. Wir wissen nicht genau, bei  
welchem Wert. Genau das ist die Schwierigkeit,  
vor der wir stehen. Eine wichtige Anmerkung  
erlauben Sie mir. Die Sicherung der fiskalischen  
Nachhaltigkeit darf nicht missverstanden werden  
als eine alleinige Aufgabe der Haushaltspolitik.  
Alles, was Politik tut, auch außerhalb des  
Haushaltes, beispielsweise im Bereich der  
Bildung oder des Wachstumspotenzials, ist  
relevant für „Nachhaltigkeit“. Dies betrifft Dinge,  
die der Staat im Guten, wie auch im Schlechten  
vornimmt, beispielsweise durch eine  
Überregulierung, die das Wachstum abwürgt. Das  
stellen wir immer wieder fest. Diese Situation ist  
eine große Herausforderung.

Zu Beginn einige wenige Worte bzw.  
Überlegungen zum Thema „fiskalische  
Nachhaltigkeit in Europa“. Wir haben seit dem  
Jahr 2010 ganz verschiedene fiskalische  
Solidarinstrumente in Europa errichtet. Dies wird  
von uns auch befürwortet und unterstrichen  
durch das Aufbauprogramm „NextGenerationEU“  
der Europäischen Union (EU). Auch die  
Europäische Zentralbank (EZB) beteiligt sich  
daran. Wir haben das Phänomen, dass es Länder  
in der EU und in der Eurozone gibt, bei denen die  
fiskalische Nachhaltigkeit nicht mehr im Sinne  
der ursprünglichen Definition gegeben ist, da  
diese Länder bereits auf externe Hilfen  
angewiesen sind, um sich überhaupt noch  
finanzieren zu können. Diese Solidarentwicklung  
ist aber gewollt. Das heißt für die deutsche  
„Schuldentragfähigkeit“ bzw.  
„Schuldennachhaltigkeit“, dass zunehmend in  
den Blick zu nehmen ist, dass Deutschland nicht  
nur für seine eigenen Schulden haftet, sondern  
seine Bonität in zunehmendem Maße den  
Partnerländern über die verschiedenen  
Instrumente „ausleiht“. NextGenerationEU ist  
dabei ein wichtiges Instrument, gerade im  
Hinblick auf die Verschuldungskomponente, aber  
noch viel mehr bezüglich der großen  
Komponenten. Diese wird kollektiv getragen. Sie  
taucht übrigens nicht in den nationalen



Schuldenstatistiken auf. Hier gilt auch, dass Deutschland bezüglich der Nachhaltigkeit bzw. seiner eigenen Tragfähigkeit der Verschuldung eine Verantwortung auch für die europäische Stabilität hat. Die europäischen Solidarinstrumente funktionieren nur so lange, solange auch die maßgeblichen Garanten, und da steht Deutschland an erster Stelle, Schuldentragfähigkeit aufweisen.

Ich komme zum dritten Bereich, also dem Verhältnis von fiskalischer und ökologischer Nachhaltigkeit. Diese sollte man nicht zu schnell gleichsetzen. Hier möchte ich doch einen Akzent setzen. Den Punkt muss man sicherlich auch differenziert betrachten. Aber es ist im Hinblick auf die fiskalische Nachhaltigkeit fundamental etwas anderes, also in Bezug auf die maximale Verschuldungsfähigkeit, ob ich in meinem Land für nationale Infrastrukturprojekte Geld ausbebe. Nehmen Sie digitale Netze, die ich hier in Deutschland finanziere. Durch diese Investitionen werden unmittelbar deutsche Wachstums- und damit auch die deutschen Besteuerungsfähigkeiten erhöht. Dadurch werden praktisch aber auch die Möglichkeiten erhöht, Schulden zu machen.

Anders liegt der Fall bei einem Beitrag für ein globales Kollektivgut wie den Klimaschutz. Ein solcher Beitrag ist ethisch bzw. aus Sicht der Menschheit geboten.

Es stärkt aber nicht unmittelbar das deutsche Wachstumspotenzial, sondern, höchstens sehr indirekt und mit großer Unsicherheit, den maßgeblichen Beitrag Deutschlands für die deutschen Klimaemissionen. Daher wird sich nicht unbedingt der ökonomische Ausblick Deutschlands dahingehend verbessern, dass wir eine höhere Schuldentragfähigkeit haben. Dies gilt in viel schwächerer Weise, als beispielsweise für unmittelbare Investitionen in die eigene Infrastruktur oder die eigene Bildungspolitik. Bei allen Debatten, die ja laufen und sich vielleicht auch im Hinblick auf das Thema „Schuldenbremse“ intensivieren, muss man hier doch sehr genau im Hinblick auf Reformen unterscheiden. Man kann es im Grunde auf den Punkt bringen. Kapitalgeber, Kreditgeber und Investoren fragen nicht, „Wart Ihr gut mit Euren Staatsausgaben, habt ihr die Schulden für ethisch hochwertige Zwecke ausgegeben“, sondern sie

fragen, „seid Ihr fähig, diese Schulden zu verzinsen und zu tilgen“. Das muss man strikt auseinander halten.

Ich komme in den letzten Sekunden meiner Redezeit zu einer kurzen Beurteilung in Bezug auf das Thema „Wo steht Deutschland in der fiskalischen Nachhaltigkeit?“. Ich habe in meinen Unterlagen ja einige wenige methodische Andeutungen gemacht. Aber das Gesamtbild lässt sich in etwa so beschreiben: Es gibt keine Zweifel an der kurzfristigen Schuldentragfähigkeit Deutschlands. Deutschland ist durch die letzten Jahre hervorragend durchgekommen. Wir haben eine Schuldenquote von etwa mehr als 60 Prozent. Dieser Wert fällt schon wieder. Das ist insgesamt für Deutschland sehr gut gelaufen. Die Inflation hat dabei in den letzten zwei Jahren maßgeblich geholfen, da die Schulden in gewisser Weise „nach unten inflationiert“ wurden. Mittelfristig werden jetzt die Kosteninflationen durch höhere Zinsen und steigende Kosten in öffentlichen Haushalten stärker zum Tragen kommen. Gleichzeitig bestehen langfristig erhebliche Herausforderungen für die deutsche Schuldentragfähigkeit. Das ist jetzt eine sehr allgemeine Aussage. Aber der Effekt wird auch durch den demografischen Wandel beeinflusst. Hier droht doch so eine Art Steuer- bzw. „Demografie-Falle“. Die steigenden Ausgaben erzeugen durch die Demografie höhere Abgaben. Die höheren Abgaben verringern wiederum die Beschäftigung. Hierdurch werden auch die Beschäftigungsanreize verringert, bevor wir hier in eine Abwärtsspirale gelangen. Hier bestehen also langfristig erhebliche Probleme.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank für die Einhaltung der Redezeit. Vielen Dank aber auch für Ihren interessanten Vortrag. Wir kommen gleich nochmal darauf zurück. Jetzt hat aber zunächst Herr Mühlbach das Wort.

Sachverständiger **Carl Mühlbach** (FiscalFuture e.V.): Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Abgeordnete, liebe Gäste. Was „nachhaltige Finanzen“ sind, das ist eine zentrale Frage. Deshalb freue ich mich sehr darüber, dass der PBnE dieses Fachgespräch veranstaltet und möchte mich ganz herzlich für die Einladung bedanken.



Auch ich werde in meinem Beitrag auf Staatsfinanzen eingehen. Es gibt grob zwei Aspekte, an denen man die Nachhaltigkeit von Staatsfinanzen definieren kann. Einmal, ob sie eine nachhaltige Entwicklung fördern und dann, ob sie zukünftigen Generationen noch finanzielle Spielräume lassen. Diese Punkte sind eng miteinander verbunden. Denn die zukünftige Finanzkraft hängt in erster Linie von unserer zukünftigen Wirtschaftsleistung ab. Spielräume in zukünftigen Haushalten haben wir vor allem dann, wenn wir auf eine moderne und leistungsstarke Wirtschaft zurückgreifen können, aus der wir Steuereinnahmen generieren. Je stärker uns die Bekämpfung des Klimawandels gelingt, desto niedriger sind auch die auftretenden Klimafolgekosten, desto weniger Schäden erleiden wir beispielsweise durch Dürren und Überflutung und desto höher sind die verbliebenen finanziellen Spielräume.

Was müssen wir also tun, um für nachhaltige Finanzen zu sorgen? Wenn wir über nachhaltige Finanzen reden, dann müssen wir vor allem über Zukunftstechnologien sprechen, dann müssen wir über eine moderne und klimaneutrale Infrastruktur sprechen und dann müssen wir auch über Investitionen in gute Bildung sprechen, denn nachhaltige Finanzen lassen sich nicht primär über die Höhe der Staatsverschuldung oder der Schuldenquote definieren. Ein besseres Maß ist die Zinssteuerquote. Diese misst die Zinskosten gemessen an den Staatseinnahmen und derartige Kennzahlen können hilfreiche Indikatoren sein. Ein Puzzlestück in der Beurteilung, wie es um die Nachhaltigkeit der Finanzen steht. Sie sollten in ihrer Relevanz nicht überschätzt werden, nicht nur wegen der Unsicherheit ihrer Schätzungen, die Prof. Heinemann angesprochen hat.

Wenn es um die Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unserer Finanzen geht, dann ist die entscheidende Frage, ob uns die Finanzpolitik dabei hilft oder behindert, die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen zu meistern. Unsere gesetzlichen Klimaziele können wir mit den im Bundeshaushalt und im Finanzplan vorgesehenen Mitteln nicht erreichen. So ermittelten beispielsweise Steffen Murau und Jan-Erik Thie in einer Studie aus dem Vorjahr, dass zum Erreichen der Klimaziele bis 2030 eine staatliche Finanzierungslücke in Höhe von

mindestens 160 Milliarden Euro besteht. Da sind zukünftige und potenzielle Finanzierungskonzepte schon berücksichtigt, also beispielsweise Rücklagen aus dem Klima- und Transformationsgesetz oder die Einnahmen aus der nationalen und europäischen CO<sub>2</sub>-Bepreisung. Allein für die Energieversorgung ermittelt z. B. eine KfW-Studie aus dem Vorjahr, dass wir zusätzliche staatliche Mittel in Höhe von 297 Milliarden Euro brauchen. Dies ist insgesamt eine höhere Summe und ein längerer Zeitraum bis zum Jahr 2045. Wenn wir die Transformation bewältigen wollen, dann muss der Staat Geld für öffentliche Investitionen, für die Förderung privater Investitionen aber auch für die Finanzierung der sozialen Abfederung der Transformation zur Verfügung stellen. Trotz dieser enormen Herausforderungen, trotz zweier militärischer Konflikte, die wir momentan auf dieser Welt in unserem Umfeld haben, trotz anhaltender Wirkung der Energiekrise, soll im kommenden Jahr die Schuldenbremse eingehalten werden, weshalb der Bundeshaushalt und auch die Finanzplanung die gesellschaftlichen Herausforderungen nicht angemessen adressieren können.

Hier kommen wir dann auch zu einer zentralen Frage. Ist die Schuldenbremse ein guter Wegweiser zu nachhaltigen Finanzen? Die Schuldenbremse ist in ihrer aktuellen Form eher ein Risikofaktor für die Nachhaltigkeit unserer Finanzen, weil sie die Modernisierung unseres Landes erschwert und weil sie den Aufbruch in eine klimagerechte Wirtschaft und Gesellschaft behindert. Sie droht in erster Linie zu einer Investitionsbremse zu werden und damit auch zu einer Zukunfts- und zu einer Wohlstandsbremse.

Woran entscheidet sich jetzt, ob wir in Zukunft eine leistungsstarke Wirtschaft und damit auch eine gute Grundlage für nachhaltige Finanzen haben? Da geht es beispielsweise um Infrastruktur. Es geht viel um Bürokratieabbau. Wir müssen die Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir müssen mehr in gute Bildung investieren. All das sind Punkte, die oft genannt werden, und wo es auch schön ist, dass hier Bewegung reinkommt. Was oft übersehen wird: Politische und gesellschaftliche Stabilität ist einer der wichtigsten Standortfaktoren überhaupt. Deshalb



ist die Bedrohung unserer Demokratie durch das Erstarken einer in weiten Teilen antidemokratischen und rechtsextremen Partei auch eine Bedrohung für den Wohlstand in unserem Land. Wenn das demokratische Fundament und die Offenheit und Toleranz unserer Gesellschaft ins Wanken geraten, dann rettet uns auch eine jahrelang eingehaltene Schuldenbremse nicht vor den verheerenden Folgen. Wir können die fundamentalen Herausforderungen, vor denen wir stehen, nicht ignorieren. Wenn wir nachhaltige Finanzen wollen, dann brauchen wir eine Politik, die die Herausforderungen der Zukunft adressiert, die die Folgen der Krisen abfedert, die die Menschen spürbar entlastet, die ihnen die Sorge vor Armut und vor ökonomischem Abstieg glaubhaft nehmen kann. Dann brauchen wir auch eine Politik, die dafür sorgt, dass der Wohlstand, den wir in diesem Land erwirtschaften, gerecht verteilt wird. Eine Finanzpolitik ist nur dann zukunftsfähig, wenn sie auch der Spaltung der Gesellschaft und hoher Ungleichheit etwas entgegensetzt. Zu hohe Ungleichheit, das zeigen neue ökonomische Studien, hemmt nicht nur das Wirtschaftswachstum, zu hohe Ungleichheit begünstigt zudem politischen Populismus und damit auch politische Instabilität. In Deutschland besitzen die zwei reichsten Familien mehr als die Hälfte der gesamten Bevölkerung. Die zwei reichsten Familien besitzen mehr als 41,5 Millionen Menschen in diesem Land. Diese Ungleichheit von Vermögen und damit in Zukunft auch in Bezug auf Erbschaften, die ist enorm. Während wir in Deutschland Arbeit vergleichsweise hoch besteuern, sind die Steuern auf Vermögen im internationalen Vergleich sehr niedrig. In einer Vergleichsstudie der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sind wir im unteren Drittel des Anteils vermögensbezogener Steuern im Verhältnis zum Steueraufkommen. Zu diesem Thema ist ja auch noch Zeit im Rahmen der Fragen. Ich hoffe, dass mein Punkt klar geworden ist. Nachhaltige Finanzen bzw. nachhaltige Staatsfinanzen, können nicht nur an dem Schuldenstand oder der Schuldenquote gemessen werden. Viel wichtiger ist die Frage, ob unsere Finanzpolitik dabei hilft, die gesellschaftlichen Herausforderungen, vor denen wir stehen, zu bewältigen. Wenn wir finanzielle Spielräume für

künftige Generationen erhalten wollen, dann müssen wir heute in eine moderne, klimagerechte und leistungsfähige Wirtschaft und Gesellschaft investieren. Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**

Dankeschön, Herr Mühlbach. Wir kommen zu unserer dritten Sachverständigen, Frau Stremlau. Frau Stremlau, Sie haben das Wort.

Sachverständige **Silke Stremlau** (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH): Vielen Dank, Herr Kleebank. Ich freue mich sehr, heute hier zu sein. Guten Abend in die Runde. Nochmal vielen Dank für die Einladung. Ich merke gerade, als dritte im Bunde, dass das Thema „Nachhaltige Finanzen – Was ist das?“ – die Frage haben Sie uns gestellt – eine große Bandbreite hat. Daher bringe ich nochmal einen anderen Fokus in die Diskussion. Das wird Sie nicht verwundern, da ich heute hier als Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung anwesend bin.

Zwei Sätze zum Hintergrund des Sustainable Finance-Beirates, damit Sie es auch besser einordnen können. Der Sustainable Finance-Beirat ist zum zweiten Mal einberufen worden. Er hat am 10. Juni 2022 mit der konstituierenden Sitzung seine Arbeit aufgenommen. Der Beirat ist ein Multi-Stakeholder Gremium. Im Koalitionsvertrag ist der klare Auftrag formuliert worden, Deutschland zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzierung zu machen. Dabei wurde ganz klar der Fokus gesetzt, Nachhaltigkeit zu einem zentralen Element von Finanzentscheidungen zu machen. Wir sind ein Multi-Stakeholder-Organ. Das heißt, wir machen diese Aufgabe alle ehrenamtlich. Wir kommen aus allen Bereichen der Wirtschaft, Finanzwirtschaft, Realwirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Dabei versuchen wir, der Bundesregierung Sparringspartner zu sein und sie insoweit zu beraten, wie man dieses Thema angehen könnte. Sie wissen das besser als ich. Das Thema ist gerade sehr hochdynamisch und es kommen viele Impulse aus Brüssel. Bei dem Thema haben wir sehr viel Regulierung. Gleichzeitig versuchen wir unseren Praxisblick hineinzugeben. Welche konkreten Maßnahmen sind hilfreich? Welche Steuerungswirkung hat es und wie kann man das ganze Thema besser





weiterentwickeln? Wir arbeiten in sechs Arbeitsgruppen, die ich Ihnen hier vorstellen werde. Natürlich geht es dabei vor allem um die Frage, die auch gerade schon angeklungen ist, wie wir diese Transformation finanzieren? Es besteht ein sehr großer Kapitalbedarf. Was brauchen die unterschiedlichen Akteure, Startups und großen Unternehmen? Was brauchen diese Gruppen an Geld? Sie finden diverse Papiere auf unserer Internetseite. Die Seite kann ich Ihnen zu diesen verschiedenen Themen nur empfehlen.

Ich möchte Ihnen ganz exemplarisch darstellen, was wir im ersten Jahr entwickelt haben. Ich will gar nicht im Einzelnen darauf eingehen. Sie sehen aber, dass wir uns viel mit der EU-Regulierung auseinandergesetzt haben, mit der Taxonomie, mit der Offenlegungsverordnung und mit den ESG-Ratingagenturen (Environmental-Social-Governance-Ratingagenturen). Wir haben nächste Woche eine Sitzung und werden dann Papiere zu den Themen „Was brauchen die Kommunen, wenn sie in nachhaltige Infrastruktur investieren wollen?“, „Was brauchen Startups gerade im Bereich Deep Tech?“, „Was brauchen große Unternehmen, die zehn Prozent der CO<sub>2</sub>-Emissionen in Deutschland ausmachen“ und „Wie kann der Kapitalmarkt, also private Investoren und die öffentliche Hand, diesen Finanzierungsbedarf stemmen?“. Es wurde bisher viel Arbeit geleistet.

Wenn wir einmal den Ausblick auf das nächste Jahr wagen: Was wird uns begleiten? Ein wichtiges Thema wird natürlich sein, wie finanzieren wir die Transformation mit verschiedenen Instrumenten? Wir werden aber auch das Thema „Regulierung“ weiter behandeln und uns ganz stark für eine Fokussierung und eine Kohärenz mit den verschiedenen Themen einsetzen, dabei aber natürlich auch den internationalen Aspekt berücksichtigen, weil ein enormer Finanzierungsbedarf im internationalen Kontext besteht.

Wenn man sich jetzt als Beirat für nachhaltige Finanzen die Frage stellt „Warum ist Sustainable Finance so wichtig für die Erreichung unserer Nachhaltigkeitsziele?“, dann sind es insgesamt vier Punkte. Zum einen braucht es für den Bedarf, der gerade genannt worden ist, öffentliches und privates Kapital. Der Staat kann das nicht alleine finanzieren. Das wird mit der Schuldenbremse nie

hinhauen. Sie brauchen privates Kapital. Die Banken entscheiden jeden Tag über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes, da diese entscheiden, wo die Kredite hingehen. Gehen diese in zukunftsfähige Branchen oder in nicht-nachhaltige Branchen? Damit kommt der Finanzindustrie eine ganz wichtige Rolle als „Enabler“- und einer Hebefunktion zu. Die Finanzwirtschaft, das macht sie tagtäglich, preist Risiken und Chancen ein und bewertet Geschäftsmodelle. Die Finanzwirtschaft braucht an der Stelle Daten und Transparenz über Unternehmen, um zu beurteilen, ob diese Unternehmen in zehn Jahren noch am Markt sind? Sind die Geschäftsmodelle zukunftsfähig? Zahlen diese auf die Sustainable Development Goals (SDGs) ein? Haben sie einen Beitrag zu dieser Transformation oder eher nicht? An der Stelle bewegt sich Sustainable Finance in Bezug auf das Thema „Transparenz“.

Wenn Sie jetzt gefragt werden, was es eigentlich braucht, um Deutschland zu einem führenden Standort für nachhaltige Finanzen zu machen, dann würde ich drei Dinge in den Vordergrund stellen. Zum einen brauchen wir ein „Mindset“, eine klare Haltung und Werte, auch hier in der Politik. Sie müssen erkennen, welche Rolle Sustainable Finance für sie spielt. Wir brauchen es in den Aufsichtsräten. Die Aufsicht kontrolliert immer mehr, ob die Unternehmen, die Banken und die Finanzindustrie physische und transitorische Klimarisiken berücksichtigen. Wir brauchen es in den Finanzinstituten, dort, wo das Geld angelegt wird, aber auch in der Realwirtschaft, wo entschieden wird, wo investiert wird. Wir brauchen natürlich andere Kompetenzen und Fähigkeiten. In der Finanzwirtschaft wird darüber gerade bezüglich der Fragestellung, wie wir das Thema „Klimarisiken“ in Klimarisikomodelle einbauen und wie wir es in Kreditbeurteilungsmodelle einbauen, viel nachgedacht. Ein Banker muss heutzutage entscheiden, ob das Zukunftsmodell dieses Unternehmens, dem er den Firmenkredit gibt, in zehn Jahren noch aktuell ist oder ob es ein „Stranded Asset“ ist, also ein Asset, das praktisch nichts mehr wert ist. Daran wird gerade viel gearbeitet in der Finanzindustrie. Hier kommt die Politik ins Spiel. Wir brauchen ein „Level Playing Field“. Das heißt, wir brauchen europaweit einheitliche Standards und eine kohärente



adäquate Regulierung, die passt, die Anreize setzt, sozusagen als „Level Playing Field“, die aber nicht überfordert und das ganz „klein-klein“ regelt. Wir brauchen sicherlich auch Unterstützungsmechanismen, gerade für kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), die teilweise überfordert sind. Wie kann man die unterstützen? Wie kann man die Industrie- und Handelskammern (IHK) dazu befähigen, hier in Wissen für Nachhaltigkeitsberichterstattung und Sustainable Finance etc. zu investieren?

Wenn Sie mich fragen, was sind eigentlich die drängendsten Herausforderungen der Finanzwirtschaft, und was kann die Politik tun, um diese zu lösen, habe ich Ihnen mal exemplarisch ein paar Folien mitgebracht. Links auf meiner Präsentation sind die Herausforderungen der Finanzindustrie, rechts die Möglichkeiten der Politik. Was wir ganz klar brauchen und was Sie überall hören, sind Daten, Daten, Daten. Valide, verlässliche, zukunftsorientierte, vergleichbare Daten. Da passiert gerade EU-weit sehr viel. Wir müssen ganz stark die Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) und die European Financial Reporting Advisory Group (EFRAG) stärken, hin zu einer starken europäischen Stimme. Das ist bahnbrechend, was hier gerade entwickelt wird. Es gibt ja in manchen politischen Gremien die Bestrebungen, das Ganze zu verwässern bzw. herunterzuschrauben. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg. Es geht um die Befähigung der Akteure, die im Moment noch überfordert sind. Wir brauchen eine kohärente, adäquate Regulierung und auch damit eine starke Stimme in Brüssel, die aus Deutschland kommen soll, z. B. auch für die Überarbeitung der Offenlegungsverordnung. Dabei bieten wir Feedback aus der Praxis an.

Die Finanzwirtschaft ist im dritten Punkt zu sehen. Dabei braucht es die Schulung des eigenen Personals. Die Politik braucht man hierbei nicht. Das ist sozusagen der Aufbau der Finanzindustrie. Kleine und mittelständische Unternehmen (KMU) müssen befähigt werden und wir brauchen gute Investitionsbedingungen für privates Kapital. Ich gehe jetzt nicht weiter darauf ein. Sie haben die Dinge vorliegen. Die können Sie sicherlich nachher nochmal vertiefen und wir haben Papiere vom Sustainable Finance-Beirat erarbeitet, die

hier einen Fokus setzen. Es ist sehr detailliert. Ich kann Ihnen das aber nur empfehlen.

Wenn ich alles zusammenfasse, ist das ein hoher Anspruch und eine große Dynamik. Es braucht hierfür noch Zeit. Die Regulierung braucht auch noch Feinschliff. Wir müssen diese in Teilen entrümpeln. Was wichtig ist für den PBnE, Sie müssen in Ihren Ambitionen klar auftreten. Warum machen wir das Ganze? Wir machen das nicht, um Excel-Tabellen auszufüllen, sondern wir machen das, um die Wirtschaft innerhalb der planetaren Grenzen zu gestalten, damit wir eine lebenswerte Grundlage haben. Dafür ist es ganz zentral, die Finanzen zu nutzen. Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Ein herzliches Dankeschön an Sie alle drei. Es ist tatsächlich interessant, welches Spektrum man sich bei dem Thema vorstellen kann. Aber das ist auch eine gute Grundlage für unsere jetzige Debatte. Ich schaue mal in die Runde, ob es erste Wortmeldungen gibt. Ich sehe Herrn Wagner, Herrn Brinkhaus und Herrn Gerschau. Herr Wagner, Sie haben das Wort.

**Abg. Johannes Wagner (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Vielen Dank, Herr Vorsitzender und danke an die drei Referentinnen. Nur zur Klarstellung, wir behandeln ein Thema, das selber viele Themen bearbeitet. Ich spreche jetzt nicht für die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, sondern das ist meine Meinung, die ich hier vertrete und daher auch meine Fragen, die ich stellen möchte. Ich fand es sehr erfrischend, was Sie gesagt haben, Herr Mühlbach. Ich finde es ein bisschen schade, dass nur Sie die Bedeutung von Finanzen für die Demokratie und auch für gesellschaftlichen Zusammenhang betont haben. Mir scheint es so, wenn ich auf Japan und auf die USA sehe und mir dort die Schuldenquoten anschau, dass Deutschland doch noch erheblich Potenzial hätte, Geld in die Hand zu nehmen, um gesellschaftlichen Zusammenhalt zu fördern, um Investitionen in die Zukunft zu tätigen. Da also bin ich sehr stark bei dem, was Sie gesagt haben. Vielen Dank dafür.

Meine Frage geht in eine andere Richtung. Wir sprechen darüber, Kredite zurückzuzahlen und über das mittels Wirtschaftswachstum und Wirtschaftsleistung. Ja, wir müssen in den nächsten Jahren in vielen Bereichen stark



wachsen in den Bereichen erneuerbare Energien, Pflegekräfte, Lehrerinnen usw. Es gibt noch Teile, da müssen wir schrumpfen – bei den fossilen Energien beispielsweise. Wenn Sie das mal in die Zukunft projizieren, also in 50, 60, 70, 80 Jahren, wenn die Gesellschaft im Bereiche der Konsumgüter hoffentlich einigermaßen einen Zustand hat, bei dem alle Bedürfnisse erfüllt sind und nur noch repariert werden muss, beispielsweise durch die Kreislaufwirtschaft, kann es dann noch ein System geben, das nachher Kredite bedient, wenn immer mehr zurückgezahlt werden muss durch die Zinsen als ausgegeben worden ist? Kann diese Wachstumszukunft unendlich fortbestehen? Wie diskutieren Sie über solche sehr in der Zukunft liegenden und sehr auf der Meta-Ebene liegenden Dinge? Mir ist es bewusst, dass das für das konkrete Handeln in den nächsten 15 Jahren vielleicht keine Auswirkungen haben wird. Aber was bedeutet es, wenn Sie in Generationen denken? Gibt unsere Wirtschaft darauf eine Antwort? Das fände ich sehr spannend. Vielen Dank.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Direkte Antwort durch Herrn Mühlbach.

Sachverständiger **Carl Mühlbach** (FiscalFuture e.V.): Dann fasse ich mich kurz, damit alle antworten können, falls sie wollen. Erstmal vielen Dank für die Zustimmung zu meinen Ausführungen und für die Frage. Wir machen uns viele Gedanken darüber, wie unser Wirtschaftsmodell in Zukunft aussieht und auch in einer klimaneutralen Wirtschaft aussehen kann. Das, was wir zum aktuellen Zeitpunkt tun können, nämlich aus der Staatsverschuldung herauszuwachsen, die Staatsschuldenquote durch Wachstum schrumpfen zu lassen, das geht natürlich nur, wenn die Wirtschaft insgesamt wächst. Da gibt es ja verschiedene Ansätze. Ein Teil des akademischen Diskurses sagt, wir können Wirtschaftswachstum und CO<sub>2</sub>-Emissionen voneinander entkoppeln. Wir können das trennen. Die Wirtschaft kann weiter wachsen. Andere sind da weniger optimistisch. Für die mittlere Frist ist für mich vor allen Dingen die zentrale Frage, welche Auswirkungen die Klimaziele auf unsere Wirtschaft haben. Es gibt ja z. B. vom Bundesministerium der Finanzen Prognosen auf die zukünftige Entwicklung der Staatsschulden. Alle diese Prognosen bzw. Projektionen

berücksichtigen die Klimaziele noch nicht. Das heißt, es wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft sich mit einem gewissen Potenzialwachstum entwickelt. Aber dass es da Kappungs- bzw. Obergrenzen gibt, beispielsweise auch in der Industrie, das wird bisher noch nicht modelliert. Ich möchte da auch gar keine politische Antwort auf die Frage geben, ob wir in diesem Land Industrie haben wollen oder nicht. Das liegt nicht an mir, das zu entscheiden oder zu beurteilen. Aber hier gibt es auf jeden Fall noch Bedarf, auch in der Modellierung und in der Berücksichtigung der Grenzen von Wachstum oder zumindest der Notwendigkeit, zielgerichteter zu wachsen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Herr Professor Heinemann bitte.

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann** (ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim): An dieser Stelle einfach eine Bemerkung zu Finanzen und Demokratie. Das darf man eben auch wirklich nicht einseitig betrachten, so nach dem Motto „Machen wir einfach Schulden, dann stabilisieren wir die Demokratie“. Da haben wir doch sehr viele Beispiele, wo fiskalische Schuldentragfähigkeit nicht berücksichtigt wird und zu massiven Demokratieproblemen geführt hat. Wir müssen nur an die Griechenlandkrise 2010 denken, an die vielen Schuldenkrisen, die erhebliche demokratische und soziale Kosten mit sich gebracht haben. Letzten Endes auch das Inflationsproblem der letzten zwei Jahre, zumindest definitiv in den USA, das auch einem fiskalischen Überschießen geschuldet ist, durch einem viel zu überdimensionierten Stabilisierungspaket, das den Inflationsschub mit ausgelöst hat, der wiederum selber soziale Problem verursacht. Das ist mir dann doch zu einfach, zu sagen, Schulden machen oder die Grenzen einfach wegnehmen, dann können wir die Demokratie stabilisieren. Das ist mir zu simpel.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Dankeschön. Damit kommen wir zu Herrn Brinkhaus und anschließend dann zu Herrn Gerschau.

Abg. **Ralph Brinkhaus** (CDU/CSU): Mein erstes Statement mache ich zu den Ausführungen von



Herrn Mühlbach. Natürlich haben Sie mit dem OECD-Vergleich Recht. Aber wir müssen auch in Richtung „Property tax“ in den USA schauen, ist da ist auch „Müll“ mit drin und andere Sachen. Also wenn Sie Vergleiche über Steuern machen, müssen Sie immer schauen, was da alles mit drin ist. Das ist auch schwer zu vergleichen. Ich könnte jetzt kontern. Wir haben hohe Unternehmenssteuern und mit die höchste Abgabenquote. Insofern finde ich es auch ein bisschen unambitioniert und hätte mir von Ihnen eigentlich auch mehr erwartet, als nur zu sagen, dass wir jetzt mehr Geld brauchen und das geht dann mit der Vermögensteuer. Mich wundert, dass Sie die Finanztransaktionssteuer als Stichwort nicht ausgegraben haben. Interessanter hätte ich es gefunden, und da würde ich Sie bitten, Stellung zu nehmen, wenn wir auf den Ressourcenverbrauch Steuern erhöhen würden. Dabei gebe ich Ihnen total Recht. Indem man Einkommen auf menschliche Arbeit besteuert, ist es eigentlich kein so ganz schlauer Ansatz, wenn man Ressourcenverbrauch minimieren will. Vielleicht können Sie dazu Stellung nehmen.

Ansonsten halte ich es auch für nicht ambitioniert zu sagen, wir haben Probleme und wir brauchen jetzt mehr Steuergeld, weil Steuergeld eben nicht in Investitionen fließt, dazu kenne ich uns als Politiker zu gut, sondern in Konsum hineingeht. Das wird dann so ein bisschen euphorisiert, indem gesagt wird, „na ja, das sind ja dann irgendwie Einsparungen, die wir in der Zukunft machen“. An Sie hätte ich die Frage, bezüglich des Ressourcenverbrauchs.

Noch eine Frage an alle drei Sachverständigen. Ich weiß nicht, wer sich berufen fühlt, darauf zu beantworten. Es ist auch nur meine persönliche Meinung, nicht die Meinung der Fraktion der CDU/CSU. Ich glaube, wir haben ein falsches Rechnungswesen und deswegen haben wir im öffentlichen Bereich das Problem, dass wir nicht nachhaltig sind. Nachhaltig könnten wir eigentlich nur bei der doppelten Buchführung in Form der Doppik arbeiten und nicht durch ein kameralistisches Rechnungswesen. Dann hätten wir übrigens auch nicht die Probleme, dass wir Zukunftsinvestitionen zurückstellen, weil sie dann ausgabenrelevant wären, sondern wir müssen die Abschreibungen erwirtschaften, natürlich auch die Zinsen, Herr Heinemann, das

ist überhaupt keine Frage. Aber vielleicht können Sie zu dem Thema auch nochmal Stellung nehmen mit Bezug zur Doppik als transparenterem, klarerem und zukunftsbezogenem Rechnungswesensansatz für den öffentlichen Bereich.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**

Dankeschön. Wir beginnen bei Herrn Mühlbach.

Sachverständiger **Carl Mühlbach** (FiscalFuture e.V.): Das können wir gerne so machen. Vielen Dank, Herr Brinkhaus, für die Anmerkungen und Ihre Frage. Steuern auf Ressourcenverbrauch oder eben auch im allgemeinen die Bepreisung von CO<sub>2</sub>-Emissionen, sind durchaus ein wichtiger und elementarer Baustein in dem Instrumentenkasten, den wir brauchen, um unser Wirtschaftssystem nachhaltig zu machen. Ich habe ja die Bedeutung der Staatsfinanzen für die Demokratie und gegen Populismus angesprochen. Wichtig ist natürlich, dass wir dafür sorgen, dass eine Bepreisung von CO<sub>2</sub> nicht zu einem Anstieg von Armut in diesem Land führt und dass wir auch eine soziale Abfederung garantieren. In diesem Kontext kann das ein sinnvoller und zentraler Teil sein. Ich möchte nur ergänzend dazu sagen, das ist keine „eierlegende Wollmilchsau“. Also nur mit einem hohen Preis auf CO<sub>2</sub> ist es nicht getan. Das haben Sie auch nicht behauptet. Da würde ich aus ökonomischer Sicht immer für eine möglichst einheitliche Bepreisung plädieren, damit die Marktkräfte dann wirken.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Herr Prof. Heinemann. Können Sie etwas zu Kameralistik versus Doppik sagen?

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann** (ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim): Also moderne Haushaltssteuerung ist ganz wichtig. Ich denke, wir müssen viel mehr in Richtung Effizienz der öffentlichen Haushalte denken, denn es geht ja auch um die Frage, was holt man aus dem Geld, was man öffentlich ausgibt, heraus? Herr Kleebank hatte unsere Studie vom letzten Sommer im Eingangsstatement zitiert. Wenn man uns vergleicht – was geht an Inputs rein in die öffentlichen Haushalte, was leisten wir für öffentliche Outputs – hat Deutschland erheblichen Spielraum zu Effizienzverbesserungen. Und da ist natürlich viel



herauszuholen. Die moderne Haushaltsteuerung geht in diese Richtung. Da gibt es ja auch die sehr lobenswerten Bemühungen, stärker den Bundeshaushalt in Richtung Wirkungsorientierung zu bringen, viel stärker konsequenter zu evaluieren, was wird damit wirklich erreicht? Was sind die Performanceziele, der Output und dann auch der Impact, der Outcome, der damit erreicht wird? Es geht nicht mehr darum, die Güte der Politik daran zu messen, wie viel Geld gebe ich dafür aus, sondern was erreiche ich damit. Es geht um eine wirkungsorientierte Haushaltsführung. Dazu gehört die Doppik thematisch auch. Man kann natürlich die Wirkungsorientierung nur dann sinnvoll beurteilen, wenn man wirklich Transparenz über einen Ressourceneinsatz hat. Daher ist das auch ein wichtiges Thema. Insoweit kann ich dies nur bejahen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Kurze Nachfrage, Herr Brinkhaus?

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Können Sie uns diese Studie zur Verfügung stellen, von der Sie eben gesprochen haben?

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann (ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim):** Ja.

Abg. **Ralph Brinkhaus (CDU/CSU):** Über das Sekretariat kann das dann sicherlich verteilt werden.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Genau. Vielen Dank.

Sachverständige **Silke Stremlau (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH):** Darf ich noch einen Punkt ergänzen?

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Das können Sie gerne machen.

Sachverständige **Silke Stremlau (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH):** Herr Brinkhaus, Sie haben zwar auf die öffentlichen Haushalte angespielt, aber natürlich ist diese Thematik bei den Unternehmen genauso zu sehen. Die Frage ist, wie internalisiere ich dort die externen Kosten? Es gibt ja auch im Deutschen Bundestag eine breite Debatte zu CO<sub>2</sub> und wie

man dies in die Bilanzierung hineinbekommt, damit dabei die Investitionen aber auch die Kosten abgebildet werden und die Unternehmen und die Investoren einen deutlicheren Überblick haben, wie denn die Unternehmen dastehen. Was haben sie bezüglich des Themas CO<sub>2</sub> auf der Kostenseite zu verbuchen, und wo investieren sie? Ich glaube, das würde auch die Bilanz der Unternehmen weitaus transparenter machen. Das Thema „Wirkungen“, so wie es Herr Heinemann angesprochen hat, ist bei den Unternehmen absolut wichtig für deren Bilanzierung.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen Dank. Dann haben wir jetzt Herrn Gerschau und anschließend Herrn Glaser als Fragesteller an der Reihe.

Abg. **Knut Gerschau (FDP):** Vielen Dank. Herr Mühlbach ist der Meinung, dass die Nichteinhaltung der Schuldenbremse nachhaltiger wäre, die Schuldenbremse bremse sogar Investitionen. Herr Prof. Heinemann, stimmen Sie dem so zu? Gibt es neben dem Fiskal-Sustainable-Konzept der OECD und der Methode der Generationenbilanzierung Innovationen für weitere Indikatoren zur Überprüfung von Nachhaltigkeit einer Finanzpolitik?

Dann habe ich noch eine Frage an den Sustainable Finance-Beirat. Wer entscheidet, welche 34 Menschen Mitglied im Beirat werden? Wie erfolgt die Übertragung seiner Ergebnisse und Erkenntnisse in die Politik und wirken diese auch auf Landesregierungen oder verstehen Sie sich lediglich als Berater der Bundesregierung?

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Herr Prof. Heinemann kann beginnen. Er wurde zuerst gefragt.

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann (ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim):** Danke für die Frage, ob die Schuldenbremse ein Investitionshindernis sei. Darüber gibt es natürlich eine breite Debatte. Ich bin der Überzeugung, dass letzten Endes Zukunftsfragen auch sehr stark auf der Ausgabenseite entschieden werden. Wenn Sie sich das Wachstum der Sozialbudgets anschauen, dann stellt sich schon die Frage, schafft es die Politik, dieses richtig zu priorisieren? Was nützen neue Verschuldungsfenster, die Sie aufmachen und



eine Verschuldungsbremse, die Sie zwar nominell dann für diese Zukunftsinvestitionen nutzen, aber letzten Endes doch indirekt damit nur wieder erneut ein Fenster aufmachen, um in den anderen Haushaltspositionen weiter wachsen zu können?

Das führt auch direkt zu der Frage: Was gibt es für verschiedene Verfahren? Ich habe es ja nur kurz in dem Papier angedeutet, also im Hinblick auf die OECD-Methode bzw. die Generationenbilanzierung. Da würde ich mich der Kritik von Herrn Mühlbach ein Stück weit anschließen. Das ist alles sehr auf eine gewisse Schuldenquote fokussiert. Wir müssen mehr auf die Qualität der Ausgabestruktur achten. Da kann ich nur Werbung für unser Konzept der Zukunftsquote machen, das wir vor zwei Jahren im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) entwickelt haben, bei dem wir versucht haben, in den öffentlichen Haushalten nicht einen klassischen sondern darüber hinausgehenden Investitionsbegriff zu verwenden. Viele Dinge, sind nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) nicht investiv, aber trotzdem zukunftsorientiert, wie z. B. Lehrergehälter, wo wir versucht haben, das mit der Zukunftsquote einzufangen. Wir haben es auch operativ im Hinblick auf den Bundeshaushalt durchgerechnet. Wir werden das zum Jahresende aktualisieren, inklusive dem Jahr 2023, um zu schauen, ob sich die Zukunftsquote im Kernhaushalt und in den Nebenhaushalten darstellt und wie sich diese entwickelt hat. In diese Richtung müssen wir gehen. Wenn wir doch eine intensivere Debatte über die Reform der Schuldenbremse bekommen, dann ist es sehr wichtig, auch eine Debatte mit der Frage zu führen, wie wir wirklich sicherstellen können, dass ein Verschuldungsfenster, dass man definiert, am Ende doch wieder für den Gegenwartskonsum genutzt wird, da dieser Faktor so machtvoll ist. Eine kleine Bemerkung am Rande: Wir haben uns gerade sehr stark engagiert, beispielsweise im Bereich der Gastronomie, mit dem Mehrwertsteuersatz in Höhe von sieben Prozent. Das ist ein typisches Beispiel. Wenn alle erzählen, wir haben kein Geld für Investitionen, aber bei so einem Thema dann nachgeben, dann wird wieder deutlich, wie sehr die Gegenwartsorientierung da ist und alles andere zur Seite drängt. Dann brauchen wir gar nicht

über die Schuldenbremse zu diskutieren, wenn man bei so einem Thema nicht mal Rückgrat zeigt.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Vielen Dank. Frau Stremlau wurde noch gefragt in Bezug auf den Beirat.

Sachverständige **Silke Stremlau** (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH): Herr Gerschau hatte gefragt, wer über die Mitglieder des Sustainable Finance-Beirates entscheidet. Beim ersten Mal kriegte man einen Anruf aus dem Bundesfinanzministeriums (BMF), beim zweiten Mal musste man sich bewerben und deutlich machen, warum man sich bewirbt. Dann haben Mitglieder aus den Ministerien BMF, dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und dem Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK) zusammen entschieden, wer dort hineinkommt, damit auch der Proporz bzw. die verschiedenen Stakeholder Gruppen dort richtig abgebildet werden.

Im Weiteren haben Sie mich gefragt, wie die Übertragung unserer Ergebnisse in die Politik stattfindet. Wir haben sehr enge Konsultationen mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Ministerien. Da gibt es sehr enge Verbindungen, beispielsweise einen wöchentlichen Jour fixe. Es sind auch immer Ministeriumsmitarbeiter in allen Arbeitsgruppen dabei, die dann die Ergebnisse regelmäßig in die Ministerien mitnehmen damit diese dort unsere Fachexpertise erhalten. Wenn wir Papiere erarbeiten, gehen diese über die Geschäftsstelle in die Ministerien bzw. in die Fachabteilungen hinein und wir erhalten dort Feedback. Das läuft sehr gut. Wir waren auch schon im Finanzausschuss eingeladen. Dort kommen wir mit verschiedenen Mitgliedern auch immer wieder in die Diskussion. Wir sind gerne bereit, auch in die Politik zu kommen, beispielsweise in verschiedene Ausschüsse, um auch hier in die Diskussion zu gehen. Laden Sie uns gerne ein.

Und die dritte Frage war, ob wir auch die Landesregierungen beraten. Das haben wir bei einzelnen Themen, z. B. kommunale Infrastruktur. Das ist ein wichtiges Thema, das Kommunen und Länder betrifft. Dabei wird dies auch in den Bund-/Länder-Austauschgruppen behandelt. Ich selbst



war z. B. Anfang des Jahres in diesem Gremium zu Gast, das sich auch zum Thema „Nachhaltigkeit“ regelmäßig austauscht. Ich habe dort auch vorgestellt, an welchen Themen wir aktuell arbeiten. Das findet in dieser Runde themenspezifisch statt, wo es gerade Sinn macht. Wir würden das gerne noch mehr ausbauen. Gerade einige Länder sind da sehr aktiv, was das Thema der eigenen Finanzierung angeht und um Nachhaltigkeitsgrundsätze für ihre eigenen Investitionen festzulegen, über Green bonds nachzudenken, um damit auch Gelder zu akquirieren. Da sind einige Bundesländer sehr fortschrittlich. Unser Engagement ist manchmal ein bisschen begrenzt, da wir das Ganze ehrenamtlich machen. Auch in diesem Bereich würden wir gerne noch mehr Energie investieren, aber dort, wo wir gefragt werden, bieten wir Beratung und auch Konsultationsgespräche an.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Ein herzliches Dankeschön. Jetzt habe ich auf der Redeliste Herrn Glaser und anschließend Frau Wegling.

Abg. **Albrecht Glaser (AfD):** Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender. Ich bin erstaunt über die Enge von fiskalischen Spielräumen und dem, was im Hinblick auf die Zielerreichung bezüglich Klima und Energie, Sustainable Finance sein könnte. Betrachten Sie mal unser Bildungssystem. Wir haben beispielsweise relativ hohe Kosten pro Schüler und Jahr. Wir haben aber ganz schlechte Bildungsergebnisse. Den relativ eindimensionalen Zusammenhang, wir müssen mehr Geld in die Bildung geben, dann kriegen wir mehr Bildung und wenn wir mehr Bildung haben, haben wir auch mehr qualifiziertes Personal, halte ich für eine relativ absurde Logik, trotzdem ist diese Argumentation allgegenwärtig. Ist diese fiskalische monetäre Betrachtungsweise nicht in Wahrheit viel zu eng und eigentlich sehr formalistisch und geht sie daher möglicherweise völlig an den anderen Problemen vorbei? In diesem Zusammenhang würde mich auch noch das Thema „Bevölkerungswachstum“ reizen. Nur mal als Stichwort, da in den Vorträgen viele Begriffe mit großen Auswirkungen genannt worden sind, aber dieser Begriff überhaupt nicht in Betracht gezogen wird, obwohl wir eigentlich wissen, dass das wahrscheinlich das Maß der Probleme schlechthin ist.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**

Dankeschön. Ich glaube, Herr Prof. Heinemann war angesprochen?

Abg. **Albrecht Glaser (AfD):** Ich habe in der Tat Herrn Heinemann angesprochen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Bitteschön, Herr Heinemann.

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann** (ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim): Es ging um die Frage „Ist das nicht zu eng, in Bezug auf den Befund, dass wir für Bildung zu wenig ausgeben?“. Das würde ich auch als zu eng betrachten. Es ist heute schon ganz kurz der wirkungsorientierte Ansatz angesprochen worden. Ich glaube, da muss ein Umdenken stattfinden. Wir haben eine unglaubliche „Quotenbegeisterung“, indem wir sagen wir sind gut, wenn wir so und so viel Prozent Quote für Bildung ausgeben. Wir haben eine Nato-Verteidigungsquote. Aber letzten Endes geht es doch gar nicht darum. Wir wollen im Bildungsbereich sagen, dass wir die Ergebnisse der Pisa-Studie verbessern wollen. Wir wollen die Quote der Schulabbrecher reduzieren. Wir bräuchten im Prinzip eine viel bessere Steuerung der Budgets genau auf diese Ziele. Daher sollte das Bildungsministerium eigentlich ein Budget bekommen, beispielsweise für den Zweck „Schulabbrecherquote senken“. Das ist natürlich mehr ein Thema der Bundesländer. Die Programme müssten mit aussagefähigen Methoden auch wirklich stringent evaluiert werden. Dann muss man auch die „Spreu vom Weizen“ trennen und die Ansätze, die eben nichts bringen, entsprechend zurückfahren. Ziel muss es sein, die Ansätze, die etwas bringen, hochzufahren und auch die Budgets so zu steuern. Das sind dann effizienzorientierte Steuerungsmechanismen. Die brauchen wir viel mehr. Wir müssen wegkommen davon, dass man sich brüstet, ich bin deshalb ein guter Bildungspolitiker, weil ich da wieder ein „Plus fünf Prozent“ rausgeholt habe und die Lehrer noch besser bezahle. Wenn daraus dann kein verbesserter Bildungserfolg kommt, dann ist das nicht zielführend. Das müssen wir auch viel härter evaluieren und ex post in diese Richtung gehen.



Zu dem Thema „Bevölkerungswachstum, natürliche Nachhaltigkeit der Staatsfinanzen“: Am Ende braucht man eine Vorstellung davon, wo sich das Wirtschaftspotenzial hin entwickelt. Da ist natürlich auch die Frage, wie viele Menschen werden im erwerbsfähigen Alter vorhanden sein, die dann arbeiten, aber natürlich auch mit welcher Produktivität, mit welchem Humankapital bringen die sich ein? Das ist natürlich die große Frage in Deutschland. Ist angesichts der demografischen Entwicklung überhaupt noch ein positives Wachstum möglich, auch im Hinblick auf eine scheinbar schwindende Arbeitspräferenz? Das ist natürlich eine fatale Kombination, die ganz schwer auf der Schuldenragfähigkeit lastet.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Dankeschön. Als nächstes Herr Mühlbach.

Sachverständiger **Carl Mühlbach** (FiscalFuture e.V.): Ich würde das kurz ergänzen. Ich kann mich Herrn Prof. Heinemann anschließen. Die Effizienz und die Wirkmächtigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, ist auf jeden Fall immer ein sinnvolles Unterfangen. Allerdings braucht es an den einzelnen Stellen auch mehr Geld. Man darf sich nicht dem Glauben hingeben, wenn wir das Geld, das wir haben, nur effizienter nutzen, wenn wir da umschichten, dann würden wir die Probleme lösen. Mehr Geld würde durchaus helfen. Ökonomische Untersuchungen zeigen, dass die Rendite von Bildungsinvestitionen enorm hoch ist. Um nur ein ganz plastisches Beispiel zu bringen. Wenn wir zu wenig Lehrerinnen und Lehrer haben, wenn wir zu wenig Menschen haben, die diesen Beruf ergreifen, dann kann vielleicht sogar ein höheres Gehalt von Lehrerinnen und Lehrern, auch wenn es andere strukturelle Probleme nicht löst, Abhilfe schaffen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**  
Dankeschön. Ich prüfe ganz kurz mal meine Redeliste. Ich habe jetzt Frau Wegling, dann habe ich mich selbst auf die Redeliste gesetzt und anschließend Frau Ganserer. Habe ich jemanden übersehen? Will sich noch jemand zu Wort melden? Herr Dr. Tebroke war bisher nicht dabei. Frau Wegling bitte.

Abg. **Melanie Wegling** (SPD): Vielen Dank. Für die Zukunftsfähigkeit des deutschen Wirtschaftsstandortes halte ich es für wichtig, sich

um ESG-Risiken zu kümmern, unsere Wirtschaft umzubauen, also quasi die Transformation, um die großen Schlagworte zu benutzen, zu verfolgen und die wichtigen Schritte in diese Richtung zu gehen. Mich würde in diesem Zusammenhang eine Einschätzung von Frau Stremlau interessieren. Wenn ich unterwegs bin und mit Unternehmen spreche, dann sagen die manchmal, dass das irgendwie alles zu schnell erfolgt und zu anstrengend ist und sie überfordert sind, beispielsweise den Berichtspflichten nachzukommen, die damit einhergehen. Wenn ich mich da mit Umweltverbänden treffe, dann geht es nicht schnell genug. Jetzt ist das ja, gerade wenn ich so auf die Taxonomie blicke, ein europäisches Projekt. Mich würde auf der einen Seite Ihre Einschätzung im europäischen aber auch im internationalen Vergleich interessieren, und wie hoch ist die Geschwindigkeit unserer Transformation. Also wie schnell oder wie gut sind wir beim Umbau unseres Finanzwesens und unserer Wirtschaft? Sehen Sie hier einen Bedarf, noch schneller und besser zu werden oder sagen Sie, wir haben einen guten Takt gefunden, bei dem es im Moment vorwärts geht. Wie würden Sie das einschätzen?

Sachverständige **Silke Stremlau** (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH): Das ist eine spannende Frage, Frau Wegling. Ich versuche, ein bisschen vielschichtig zu antworten. Zunächst zur Finanzwirtschaft und den führenden Standorten. Diesbezüglich sind andere Länder, auch innerhalb Europas, weiter. Das Vereinigte Königreich, Frankreich und die skandinavischen Länder haben eine andere Aktienkultur und ein anderes „Mindset“. Diesbezüglich ist Europa eigentlich ganz gut aufgestellt, um eine gemeinsame Basis zu schaffen, wenn wir in diesem Tempo weitermachen. Ich finde, dass das, was die EU-Kommission in den letzten fünf Jahren gemacht hat, bahnbrechend ist. Das ist wirklich sehr gut. Ich höre aber auch aus der Realwirtschaft in Teilen die gleichen Stimmen. Einigen Akteuren geht es in der Realwirtschaft nicht schnell genug. Dort wurde erkannt, dass es einen Handlungsdruck gibt. Sie wollen investieren und auch Bericht erstatten. Daher ist dieses Mittelmaß bei der Regulierung wichtig. Ich halte nichts davon, jetzt wieder fünf Schritte zurückzugehen,





sondern ich würde eher fragen, wo müssen wir die Regulierung einfacher auch schärfer machen, wo müssen wir sie auch nochmal nachschärfen, wo müssen wir sie entrümpeln und wo müssen wir diese befähigen und die Unternehmen dabei unterstützen? Beispielsweise, dass Firmen nicht zehn verschiedene Fragebögen erhalten, sondern einen Fragebogen mit den relevanten Key Performance Indikatoren. International muss man sagen, dass viel in Richtung Europa geschaut wird und dass es gerade elf Jurisdiktionen auf der Welt gibt, die auch eine Taxonomie entwickeln und in Teilen sagen, dass das, was ihr da in Europa entwickelt habt, ganz gut ist. Andere Länder schauen, wie sie es bei sich anpassen können, also in Brasilien und in Asien. Die USA haben einen anderen Weg gewählt. Sie sind aber in sehr engem Austausch mit der EU. Daher würde ich sagen, dass es wichtig ist, in der Geschwindigkeit und in der Ernsthaftigkeit nicht nachzulassen. Wir wissen aber nicht, wie die Wahlen im nächsten Jahr in Europa ausgehen und welche EU-Kommission wir erhalten werden. Von daher ist es auch gut, Dinge jetzt schon vorzubereiten, wie z. B. die CSDDD unter Dach und Fach zu bringen, auch mit einem Kompromiss, bezüglich der Finanzwirtschaft. Daher mein Appell: Weitermachen, befähigen, nicht nachlassen im Tempo! Der Druck von außen, bezüglich Klimakrise und Artenvielfalt, ist immens.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Gibt es eine Nachfrage? Das ist nicht der Fall. Dann habe ich mich auf die Redeliste gesetzt und danach Frau Ganserer.

Meine Frage richtet sich an Herrn Prof. Heinemann. Ich will Sie nochmal bitten, für mich den Aspekt „Unterlassene Investitionen“ einzuordnen. Wir hatten das vorhin schon mal ein bisschen diskutiert. Ich will es aber auf einen anderen Punkt bringen, nämlich in Bezug auf das Thema „Bauliche Unterhaltung“. Ich kann ja auch, indem ich bauliche Unterhaltung in Infrastruktur unterlasse, meine Ausgaben natürlich senken. Damit habe ich weniger die Notwendigkeit, Schulden zu machen. Ich nenne mal zwei prominente Beispiele: Die Deutsche Bahn und der Berliner Schulbau. Ich kann das so „ungeschminkt“ sagen, da an beiden Projekten meine Partei auch maßgeblich mitbeteiligt war. Deswegen ist es an dieser Stelle keine Schelte

einer einzelnen Partei. Wie wird dieser Aspekt aus Ihrer Sicht diskutiert? In diesem Bereich laufen ja enorme Summen auf und es wird ein erheblicher Schaden angerichtet. In Berlin hatte man den baulichen Unterhalt, der notwendig war, auf weniger als die Hälfte heruntergefahren, von dem, was eigentlich notwendig gewesen wäre. Die Folgen haben Auswirkungen für Jahrzehnte. Wie wird das im Kontext der „Fiskalischen Nachhaltigkeit“ einsortiert. Das wäre meine erste Frage. Gegebenenfalls stelle ich noch eine zweite Frage, wenn wir hierfür noch Zeit haben.

Sachverständiger **Prof. Dr. Friedrich Heinemann** (ZEW – Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH Mannheim):  
Konzeptionell ist ja das große Manko die isolierte Betrachtung der Schulden und dass ich das Gebilde „Staat“ nicht mehr im Zusammenhang einer Bilanz betrachte, sondern nur an der Höhe des Fremdkapitals. Das wäre so, als würde ich die Bonität eines Unternehmens einfach nur danach beurteilen, welchen Grad der Verschuldung besteht und außer Acht lassen, welche Aktiva-Posten bestehen. Eigentlich müsste sich ein Staat mit der kompletten Bilanz befassen, Aktiva und Passiva. Dann würde sofort auffallen, dass das nicht nachhaltig ist. Das Problem der Kameralistik ist, dass der Verzehr des Kapitals nicht erfasst wird. Besser wäre es, zu versuchen kaufmännisch zu buchen, so wie es in Kommunen und in vielen Bundesländern der Fall ist, in dem man den Kapitalverzehr mit berücksichtigt und dadurch sehr transparent, nicht erst nach 20 Jahren, wenn das Gebäude zusammenfällt, sondern im laufenden Haushalt, immer wieder deutlich wird, ob ich Kapitalverzehr betreibe oder nicht. Das ist natürlich unter Nachhaltigkeitsaspekten sehr wichtig. Dabei spielen dann verschiedene Methoden eine Rolle. Ich könnte jetzt ein bisschen Methodendiskussion betreiben. Beispielsweise bei der Methode der OECD, da schaut man sich eher die Pfade in Bezug auf das Defizit, dem Schuldenstand und dem Wachstumspotenzial an. Man steigt da nicht so tief ein. Konzeptionell unterfüttert werden müsste das unbedingt immer mit der Frage, wie stellt sich die Qualität dar? Beispielsweise können zwei Länder das gleiche Defizit und den gleichen Schuldenstand haben. Aber das eine Land hat das Geld genutzt, um seine Infrastruktur zu modernisieren und das andere Land hat damit die „Rente mit 63“ oder



andere Projekte finanziert. Obwohl sie scheinbar gleiche Indikatoren haben, unterscheidet sich die Situation fundamental in ihrer Schuldentragfähigkeit. Ich glaube, das geht wirklich in die Richtung der Doppik. Insofern ist das ein wichtiges Thema.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen Dank. Noch zwei kurze Fragen an Frau Stremlau, da ein paar Stichworte aufgetaucht sind. Da wurde ich hellhörig. Das eine ist das Thema „Daten“. Wir hatten gerade heute Vormittag eine Anhörung im Umweltausschuss zum Thema „Klimaanpassungsgesetz“ und die dabei notwendigen Datenerhebungen. Da wurde uns natürlich vorgehalten, dass zu viele Daten von uns gefordert würden. Das würden die Unternehmen nicht schaffen. Von Ihnen höre ich jetzt das Gegenteil. Das finde ich ehrlich gesagt auch plausibler, aber es macht natürlich erstmal einen gewissen Aufwand. Vielleicht könnten Sie dazu zwei Sätze sagen?

Eine Frage zum Thema „Risikomodelle“ hätte ich noch. Vielleicht ist das ein bisschen naiv gedacht. Beispielsweise ist es in der Versicherungswirtschaft eigentlich tägliches Geschäft. Dort würden Fragen, wie Umweltrisiken, eigentlich längst in die Modelle integriert. Deswegen hat mich der Handlungs- und Entwicklungsbedarf ein bisschen erstaunt. Vielleicht können Sie dazu auch noch ein paar Sätze sagen.

Sachverständige **Silke Stremlau** (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH): Gerne, Herr Kleebank. Ja, natürlich stöhnen die Unternehmen darüber, diese Daten zu erheben. Aber sie müssen jetzt sowieso entsprechende Risikobewertungen vornehmen. Dies wird ab dem Jahr 2024 kommen und gilt für große Unternehmen. In den nächsten Jahren geht es dann schrittweise weiter. Da werden diese Daten dann sicherlich mit erhoben werden. Es ist wichtig, dass diese Daten konsolidiert sind und es Unterstützung dabei gibt, wie man sie erhebt und dass es einheitliche digitalisierte Möglichkeiten gibt, dass das zentrale europäische Zugangsportal (European Single Access Point, ESAP) dann kommt und auch zur Verfügung steht. Die Finanzwirtschaft braucht die Daten und auch die Transparenz. Wir machen diesen Druck sowieso.

Wir müssen darüber jetzt auch schon berichten. Man muss den Unternehmen sagen, dass es am Anfang mit Aufwand verbunden ist. Den würde es auch geben, wenn man beispielsweise eine andere Buchführung oder wenn man einen anderen Wirtschaftsprüfer braucht. Das ist am Anfang immer erst einmal mit großem Aufwand verbunden. Irgendwann, wenn die Prozesse nach zwei bis drei Jahren laufen, ist das Ganze dann routinierter. Sie haben die Risikomodelle angesprochen und Versicherungen, beispielsweise im Bereich der Rückversicherung. Diese Versicherungen haben das Thema schon lange in ihren Risikomodelle implementiert, weil sie die großen Naturkatastrophen schon jetzt versichert haben. Die klassische Hausbank um die Ecke, also Sparkassen und Volksbanken, haben das noch nicht eingebaut. Die arbeiten eher auf Basis von Geschäftsmodellen und ökonomischen Zahlen. Sie müssen jetzt aber auch unter Aufsicht der BaFin (Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht) oder im Hinblick auf die Finanzmarkttrichtlinie (Markets in Financial Instruments Directive II (MiFID II)) angewandt werden. Durch ein Risikomanagement sollen dabei die ESG-Risiken mit in die Risikomodelle eingebaut und quantifiziert werden. Im Bereich der Banken fangen diese damit erst an. Die großen Banken sind da schon weiter, aber gerade Sparkassen und Volksbanken nutzen es im Moment noch sehr holzschnittartig und müssen dieses Thema daher noch nachschärfen.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen Dank. Jetzt haben wir Frau Ganserer und dann Herrn Dr. Tebroke.

Abg. **Tessa Ganserer (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):** Danke, Herr Vorsitzender. Meine Frage richtet sich an Frau Stremlau. Herr Kleebank hat ja gerade die Anhörung zum Klimaanpassungsgesetz angesprochen und ich glaube, da ist ein gewisses Bewusstsein vorhanden, dass uns die Folgen der Erderhitzung erhebliche volkswirtschaftliche Schäden verursacht. Meine Frage zielt darauf ab, ob es eine entsprechende Analyseexpertise gibt, die sich damit auseinandersetzt, welche Auswirkungen der Verlust der Biodiversität auf den Finanzsektor hat? Es geht aber auch um die Frage, welchen Beitrag der Finanzsektor für den Erhalt der



Biodiversität leisten könnte. Vielleicht könnten Sie auch nochmal ausführlicher den Stand der Regularien erörtern und ausführen, wo es aus Ihrer Sicht vor allem Herausforderungen gibt, und worauf es noch ankommt. Vielen Dank.

Sachverständige **Silke Stremlau** (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH): Vielen Dank, Frau Ganserer, für die Frage. Das ist ein absolut wichtiges Thema – Biodiversität bzw. Artenvielfalt. Wir haben uns in der Finanzwirtschaft jahrelang auf das Thema „Klima und CO<sub>2</sub>-Emissionen“ konzentriert. Das Thema „Biodiversität“ bekommt immer größere Bedeutung, weil erkannt wurde, dass hier große finanzielle Risiken für die verschiedensten Branchen bestehen, beispielsweise für die Lebensmittelindustrie oder die Pharmaindustrie aber natürlich auch vor dem Hintergrund, welche Projekte fördere ich als Unternehmen, wenn ich z. B. einen Flughafen betreibe, wenn ich im Bereich Rohstoffversorgung tätig bin, wenn ich einen hohen Verbrauch an Ressourcen habe. Das heißt, es besteht eine große Relevanz bezüglich des Themas „Biodiversität“ für die Finanz- und die Realwirtschaft. Man fängt gerade intensiv damit an, sich mit dem Thema zu beschäftigen. Es ist nicht so einfach messbar. Aktuell gibt es relativ viel Austausch innerhalb der Wissenschaft. Als Sustainable Finance-Beirat werden wir uns am 31. Januar 2024 nochmal mit dem Thema beschäftigen. Es findet in der Regulierung aber schon statt. Das war ja Ihre zweite Frage. Dieses Thema ist in der EU-Taxonomie als sechstes Umweltziel „Beitrag zur Biodiversität“ enthalten. Es ist in der Corporate Sustainability Reporting Directive (CSRD) enthalten und damit jetzt auch in den Standards zu den Nachhaltigkeitsberichten. Unternehmen müssen zukünftig berichten, wie sie mit dem Thema „Biodiversität“ umgehen. Es ist auch in „MiFID II“ enthalten. Wenn ich zu einer Bank gehe und Geld anlegen will, werde ich ebenfalls dazu gefragt, ob mir das Thema „Biodiversität“ wichtig ist. Das heißt, es findet im Moment schon an verschiedenen Stellen in der Regulierung statt. Unsere momentane Einschätzung als Beirat ist, dass nicht noch weiter reguliert werden soll, sondern es wichtig wäre, erstmal zu schauen, wie die aktuellen Mechanismen, also CSRD und Sustainable Finance Disclosure Regulation

(SFDR), greifen. Gleichzeitig sollen auch die Unternehmen in Bezug auf die Taxonomie dabei unterstützt werden, insbesondere wie man das Ganze messen kann, wie hoch der Artenvielfaltsverlust ist und welche finanziellen Schädigungen sich hierdurch ergeben. Hierzu wird gerade eine große Debatte geführt. Die ist in der Finanzindustrie sehr dynamisch und ich würde dem Thema auch aus Regulierungssicht noch ein bis zwei Jahre Zeit geben und abwarten bzw. schauen, wie die aktuelle Regulierung an der Stelle greift.

**Vorsitzender Helmut Kleebank** (SPD): Gibt es keine Nachfrage. Dann haben wir Herrn Dr. Tebroke an der Reihe. Danach endet die Rednerinnen- bzw. Rednerliste, es sei denn, es meldet sich jetzt noch jemand zu Wort. Das ist nicht der Fall, dann hat Herr Dr. Tebroke das Wort.

Abg. **Dr. Hermann-Josef Tebroke** (CDU/CSU): Herr Vorsitzender, vielen Dank für das Wort. Meine Dame, meine Herren, vielen Dank für den Vortrag. Ich möchte zunächst eine Anmerkung loswerden. Ich verspüre ein zunehmendes Unbehagen, bezüglich der Überdehnung der Begrifflichkeiten. Ich habe den Eindruck, die drei Referenten nutzen unterschiedliche Begriffe in Bezug auf „Nachhaltige Finanzen“. Und das beschädigt die Debatte und das beschädigt am Ende auch die Erfolgsaussichten im Hinblick auf das Ziel, das wir alle erreichen wollen. Ich nehmen nur das Beispiel „Doppik“, das Sie erwähnt haben, Herr Prof. Heinemann. Wenn Sie weitere Begriff, wie beispielsweise Humankapital, mit abbilden wollten oder den Wert der Natur einer Kommune, dann wird das sehr schwierig. Aber meine Frage richtet sich zunächst an Herrn Mühlbach.

Wenn wir die Begriffe „Input/Output“ diskutieren bzw. miteinander vergleichen wollen, dann haben wir die Schwierigkeit, dass die zeitlichen Dimensionen variieren, aber vor allem auch, dass die Größen, die wir vergleichen, ungleichnamig sind. Wenn wir jetzt unterstellen, dass es tatsächlich auf der Input-Seite eine Restriktion gibt – Sie unterstellen dabei, dass es immer genug Geld gibt – wie gehen Sie damit um? Wie vergleichen Sie z. B. drei positive Schulabschlüsse mit hundert Tonnen CO<sub>2</sub>-Minderung? Oder wie gehen Sie damit um, dass



drei zusätzliche Schulabschlüsse vielleicht 1 000 Tonnen CO<sub>2</sub> nach sich ziehen? Wie bringen Sie das bezüglich einer notwendigen Entscheidung zusammen?

Eine Frage hätte ich an Frau Stremmlau. Es geht am Ende auch bei der Datenbeschaffung und der Abbildung der wirtschaftlichen Betätigung immer darum, externe Effekte abzubilden und sie am besten zu internalisieren, also als entsprechende Kosten zu übersetzen. Wie groß ist das Risiko, dass in bestimmten Wirtschaftsbereichen bzw. in bestimmten europäischen Regionen hierdurch Kosten internalisiert bzw. den Unternehmen, den Handelnden angelastet werden und daraus ein Nachteil gegenüber Unternehmen resultiert, die eine solche Internalisierung der externen Kosten eigentlich nicht akzeptieren müssten?

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Danke. Ich denke, zunächst Herr Mühlbach.

Sachverständiger **Carl Mühlbach** (FiscalFuture e.V.): Vielen Dank für die Anmerkungen und die Frage. Lassen Sie mich vorab zu den unterschiedlichen Begriffen nachhaltiger Finanzen etwas ausführen. Nach meiner Wahrnehmung haben alle drei Sachverständigen sehr bewusst verschiedene Standpunkte gewählt. Daher würde ich im Gegenteil vermuten, dass es der Debatte schadet, wenn wichtige Aspekte außen vorgelassen werden. Deshalb hat es mich sehr gefreut, dass wir verschiedene Perspektiven beleuchten.

Aber nun zu Ihrer Frage, bezüglich der Restriktionen auf der Input-Seite. Wir haben viele Ressourcen, die können knapp sein. Auch Arbeitskräfte bzw. Materialien können knapp sein. Geld muss nicht zwingend knapp sein. Geld ist eine gesellschaftliche Ressource und wir geben uns als Gesellschaft selber Regeln, wie wir damit umgehen und wie wir es begrenzen oder nicht. Deutschland z. B. hat ja keine eigene Zentralbank, die Geld produzieren kann und es gibt dann auch Faktoren wie die Inflation, die irgendwann begrenzen werden. Wenn es jetzt um den konkreten Vergleich geht, also beispielsweise drei zusätzliche Schulabschlüsse versus 100 Tonnen CO<sub>2</sub>, da gibt es nicht die Anforderung, dass ich oder irgendjemand im Bundeskanzleramt oder Bundesfinanzministerium das so konkret miteinander vergleicht. Ich glaube, auf der

europäischen Ebene und auf Ebene der Bundesregierung haben oder hatten wir eine guten Grad der Festlegung der Ziele, wie wir mit Ressourcenknappheit umgehen, z. B. mit dem Klimaschutzgesetz und mit den Sektorzielen, bei denen dann gesagt wurde, wir haben ein Ziel auf übergeordneter Ebene bzw. auf europäischer Ebene. Den einzelnen Ländern steht ein gewisses Maß an Ressourcenverbrauch zu. Innerhalb Deutschlands hatten wir dann gesagt, wie wir diesen auf die Sektoren verteilen. Ich glaube, das war ein sehr gutes Steuerungselement und da muss man dann halt in den einzelnen Sektoren schauen, was da die jeweiligen Zielkonflikte bzw. Tradeoffs sind. Aber auf so einer regelhaften Ebene ist es nicht sinnvoll, wenn wir da staatlich regulieren.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):**

Dankeschön. Die andere Frage ging an Frau Stremmlau.

Sachverständige **Silke Stremmlau** (Vorsitzende des Sustainable Finance-Beirates der Bundesregierung und Senior Fellowship der Mercator Stiftung GmbH): Ich möchte etwas zu der Frage von Herr Dr. Tebroke im Hinblick auf die Internationalisierung externer Kosten ausführen. Hiervon bin ich ein großer Fan. Wir haben diesen Ansatz eigentlich erst im Bereich von CO<sub>2</sub> und sind dabei auch noch ganz am Anfang. Wir haben den Ansatz nicht bei anderen Umweltkosten. Wir haben es ein bisschen im Bereich „Soziales“, wenn wir beispielsweise über Mindestlohn reden. Auch da gibt es ja keinen europaweiten Mindestlohn. Das heißt, wir stehen eigentlich noch am Anfang und das, was die EU mit dem Emissions- bzw. Zertifikatehandel und dem erfolgreichen CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus etabliert hat, geht ja eigentlich in diese Richtung, indem man sagt, wir wollen den europäischen Markt schützen. Für Produkte, die in die EU importiert werden, gibt es den CO<sub>2</sub>-Grenzausgleichsmechanismus. Daher gibt es ja gute Überlegungen damit umzugehen, indem man sagt, dass es kein wettbewerbsschädigendes Verhalten ist, wenn man diese Kosten internalisiert. Ich glaube, wir müssen an der Stelle weiterdenken und überlegen, wie wir das noch viel stärker ausbauen können. Beim Thema CO<sub>2</sub> hatten wir im Prinzip eigentlich ja nur die Kosten in der Bilanz enthalten. Wichtig wäre, dass man



auch die Investitionen dort abbildet. In diesem Bereich gibt es aktuell ganz interessante Ansätze. Dazu könnten wir gerne eine weitere Runde machen. Also von daher: Ich sehe, wir stehen eigentlich noch am Anfang. Der EU-Grenzausgleichsmechanismus ist der richtige Schritt. Man muss schauen, wie das Ganze jetzt von statten geht und wahrscheinlich auch nach zwei oder drei Jahren eine Evaluierung machen und dann überlegen, wie man es auch auf andere Bereiche bzw. andere Umweltressourcen ausdehnen könnte.

**Vorsitzender Helmut Kleebank (SPD):** Vielen Dank. Tatsächlich ging es mir persönlich zwischendurch auch mal so wie Herrn Dr. Tebroke und es zeichnete sich am Anfang ja auch ein bisschen ab, dass der Begriff „Nachhaltige Finanzen“ durchaus unterschiedlich interpretiert werden kann. Ich empfand es aber jetzt nicht als ein Problem, da wir alle schon verstanden haben, welche Aspekte bzw. Fokus hierbei damit intendiert werden soll. Insofern ist es schon wichtig, dass man sich immer im Klaren

ist, worüber ich gerade rede. Ich hatte aber andererseits nicht das Gefühl, dass es hier heute ein Problem war, sondern dass es in unserer heutigen Runde allen eindeutig und verständlich war.

Ein herzliches Dankeschön Ihnen dreien. Es war ein sehr spannender Austausch. Sie haben Ihre Aspekte, finde ich, so gut rübergebracht, damit auch wir, die wir nicht alle finanzpolitische Expertinnen und Experten sind, gut damit umgehen konnten. Ich bedanke mich auch nochmal für die ausführliche Beantwortung unserer Fragen. Das war für uns alle sehr bereichernd und deswegen ein herzliches Dankeschön.

Ihnen danke ich auch ganz herzlich für die gute Sitzung, die wir durchführen konnten und darf die Sitzung an dieser Stelle auch schließen. Ich wünsche allen noch eine erfolgreiche und angenehme Woche. Bis zum nächsten Mal.

Schluss der Sitzung: 18:44 Uhr

Helmut Kleebank, MdB  
**Vorsitzender**



**Verweise auf Stellungnahmen/ PowerPoint-Präsentationen der Sachverständigen im Anlagenkonvolut**

Prof. Dr. Friedrich **Heinemann**  
**A-Drs. 20(26)87**

Silke **Stremlau**  
**A-Drs. 20(26)90**